

Analyse zur Kirchenratswahl

Wie politisch soll die katholische Kirche sein?

Der katholischen Kirche laufen die Leute davon. Besonders dramatisch ist diese Entwicklung in der Stadt Luzern: Hier hat sich in den vergangenen Jahren das Tempo des Mitgliederschwundes verdoppelt. Seit 2018 sind in der einstigen katholischen Hochburg Katholikinnen und Katholiken in der Unterzahl. Bisher hat das die Finanzen der Kirchgemeinde Stadt Luzern, welche das alte Stadtgebiet ohne Littau umfasst, nicht merklich belastet; noch immer schreibt sie Jahr um Jahr ein sattes Plus. Geht der Mitgliederschwund aber wie erwartet weiter, droht ein enormes Ressourcenproblem.

Diese prekären Aussichten sind einer der Gründe, weshalb am 3. April gleich acht Personen für den Kirchenrat, die «Regierung» der Kirchgemeinde, kandidieren. Das sind doppelt so viele Kandidierende

wie Sitze zu vergeben. Die Ausgangslage ist ungewöhnlich, da drei Bisherige zurücktreten – lediglich Präsidentin Susanna Bertschmann-Schmid tritt wieder an. Gemeinsam mit drei neuen Mitstreitern will sie wieder in den Kirchenrat einziehen: Christian Brantschen, Arun Fabian Pfaff und Stephanie Plerch Jurt. Zusammen bilden sie die Liste «Kraftvoll in die Zukunft», die einen eher vorsichtigen Kurs fährt. Auf ihrem Flyer hält die Gruppe fest: «Es geht uns nicht um Politik, sondern darum, die Zukunft der Kirche mitzugestalten.»

Dazu muss man wissen, dass sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein System der stillen Wahl eingebürgert hat: Bei Vakanzen schlugen die Pfarreien eine Person vor, die dann konkurrenzlos nachrutschte. Die Liste «Kraftvoll»

repräsentiert genau diesen Mechanismus: Es sind Personen, die aus den Pfarreien heraus gewachsen sind und sozusagen einen offiziellen «Segen» geniessen.

Genau an diesem Status quo stören sich die Mitglieder der dreiköpfigen Liste «Aufwind in den Kirchenrat»: Sie wollen die Tradition der stillen Wahl nachhaltig aufbrechen. Der Unternehmer André Bachmann, der Grünen-Kantonsrat Urban Frye und die Sozialversicherungsfachfrau Marianne Widmer machen ganz schön Wirbel und sind voller Leidenschaft in den Wahlkampf gestiegen. Sie verkörpern unterschiedliche politische Strömungen: liberal (Bachmann), grün (Frye), feministisch (Widmer). Geeint sind sie im Grundsatz, dass sie den Kirchenrat stärker verpolitisieren wollen. Mit lauterem

Engagement und klareren Haltungen wollen sie den Mitgliederschwund der katholischen Kirche stoppen.

Am Wahlpodium der «Luzerner Zeitung» führte das Dreiergespann eine Polemik gegen die amtierende Kirchenratspräsidentin Susanna Bertschmann: Der jetzige Kirchenrat agiere zu langsam, zögerlich und leise, könnte wesentlich mehr machen – zum Beispiel, was den Klimaschutz oder die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge betreffe. Sie schoben zwar nach, dass die Kirche schon jetzt durchaus gute Arbeit leiste, zeichneten dennoch eine düstere Zukunft, die nur mit zusätzlichem Aktivismus abzuwenden sei.

Es fragt sich allerdings: Kann der Kirchenrat tatsächlich mehr machen? Die Gewaltenteilung der Stadtluzerner

Kirche verläuft entlang anderer Linien als in der Politik: Der demokratisch gewählte Kirchenrat steht dem Klerus gegenüber, der das letzte Wort hat und streng hierarchisch organisiert ist – bis hinauf zum Papst. Gerade was sozialpolitische Fragen angeht, wird eine Revolution aus dem Kirchenrat sehr schwierig sein. Die Gruppe «Kraftvoll» fürchtet nicht zu unrecht, dass mit einem allzu harten Oppositionskurs Geschirr zerschlagen werden könnte. Zu bedenken ist zudem: Gänzlich unpolitisch war die Stadtluzerner katholische Kirche auch bisher nicht. So solidarisierte sie sich 2019 mit dem Klimastreik, sprach sich 2020 für die Konzernverantwortungsinitiative aus und spendet für die Opfer des Ukraine-Kriegs.

Wie die Wahl am Sonntag ausgeht, ist völlig offen – es

gibt weder Umfragen noch Erfahrungswerte aus der Vergangenheit. André Bachmann und Urban Frye sind zwar stadtbekannt politische Akteure; dennoch ist unklar, wie stark das bei dieser Wahl ins Gewicht fällt. Egal, wie das Resultat letztlich aussieht: Dass Wahlen und eine öffentliche Debatte stattfinden, ist sehr zu begrüßen. Schon das kann ein erster, kleiner Schritt gegen den Mitgliederschwund sein. Gut, wenn solche Wahlkämpfe zur neuen Tradition werden.



Simon Mathis
simon.mathis@luzernerzeitung.ch

Mäas-Initianten fordern: «Stadtrat soll Versprechen halten»

Die Unterschriftensammlung für die Initiative «Die Mäas muss auf dem Inseli bleiben» ist gestartet. Ein «lebendiges Inseli» müsse nicht eine reine Grünanlage sein, argumentiert das Initiativkomitee.

Hugo Bischof

Ein lebendiges, grünes Inseli im Sinn der Juso-Initiative von 2017 sei mit der Beibehaltung der Luzerner Herbstmesse (Mäas) vereinbar. Das betonte das überparteiliche Komitee «Die Mäas muss auf dem Inseli bleiben» an einer Medienkonferenz gestern.

Dem Komitee gehören neben Politikern der SVP, Mitte und FDP auch Lisa Zanolla, Delegierte Luzern des Vereinigten Schautstellerverbands Schweiz (VSVS), sowie Rico de Bona, welcher die IG Herbstmesse präsidiert, an.

Das Ziel sind 3500 Unterschriften

Mit der Publizierung im Kantonsblatt hat jetzt die Unterschriftensammlung für die Initiative begonnen. «Unser Ziel sind 3500 Unterschriften», sagte SVP-Grossstadtrat und -Fraktionschef Thomas Gfeller. «Wenn es mehr werden, umso besser.» Damit die Initiative zu Stande kommt, muss sie von mindestens 800 Personen unterschrieben werden.

Die Initianten wehren sich gegen die Pläne des Luzerner Stadtrats, die Mäas an einen anderen Standort auszulagern. Dass die Stadtregierung dies neuerdings damit begründe, dass während der Bauarbeiten für den Tiefbahnhof keine grösseren Veranstaltungen mehr in Bahnhofsnähe stattfinden könnten, sei unverständlich, sagte Marija Bucher, Co-Präsidentin der FDP Stadt Luzern. Sie fragte provokativ: «Wird es dann zehn Jahre keinen Faschnachtszug und zehn Jahre auch keinen Wochenmarkt mehr geben?»

Auch dass der Stadtrat sich vor kurzem im Zusammenhang



Wo wird die Mäas in Zukunft stattfinden? Darüber scheiden sich die Geister.

Bild: Corinne Glanzmann (Luzern, 15. Oktober 2018)

mit der Inseli-Planung bereits klar für die Variante «reine Grünanlage» ausgesprochen habe, sei «befremdlich», sagte Rico de Bona, Präsident der IG Herbstmesse. Vor allem da dies geschehen sei, bevor die Initianten Zeit hatten, ihr Anliegen zu präsentieren. Für de Bona und die anderen Initianten ist klar: Ein grünes Inseli ist auch mit Beibehaltung der Mäas möglich.

Grossstadtrat Andreas Felder (Mitte) erinnerte den Stadtrat an seine Aussagen im Zusammenhang mit der Juso-Initiative «Für ein lebendiges Inseli statt Blechlawine», die 2017 von der Stadtbevölkerung knapp gutgeheissen worden

war. «Damals hat der Stadtrat versprochen, dass die Mäas auf dem Inseli bleiben kann.» Das sei auch im Parlament und bei Verbänden weitgehend unbestritten gewesen. «Wir fordern vom Stadtrat jetzt nichts anderes, als dass er sein Versprechen einhält.» Dass die Juso selber damals ein «lebendiges» Inseli forderte, sei bezeichnend, fügte Marija Bucher hinzu: «Auch für sie muss das Inseli nicht eine ruhige Parkanlage sein.»

«Jeder, der die Mäas kennt, weiss, wo sie stattfindet», erklärte Lisa Zanolla, Delegierte Luzern des Vereinigten Schautstellerverbands Schweiz (VSVS). «Der Standort Inseli ist zentral,

ideal, im Herzen der Stadt und für ein breites Publikum ausgelegt.» Die Kulisse mit dem See und der Berglandschaft im Hintergrund sei «anziehend, einladend und einmalig». Die Mäas sei eines der wichtigsten Volksevents und auch von volkswirtschaftlichem Nutzen, so Zanolla, deshalb sei der richtige Standort wichtig.

Abstützungspunkte für die schweren Fahrgeschäfte

Wie aber stellen sich die Initianten eine Mäas auf dem zusätzlich begrünten Inseli künftig konkret vor? Der heutige asphaltierte Carparkplatz wird im Sinne der Juso-Initiative von 2017 be-

kanntlich aufgehoben. «Beides ist möglich, ein grünes Inseli und die Durchführung der Herbstmesse», betonte Marija Bucher. «Ein Teil der bisher versiegelten Fläche könnte in Form einer Schotterfläche beibehalten werden.» Diese Fläche müsse nicht sehr gross sein, fügte Lisa Zanolla an: «Es braucht einfach ein paar fixe Abstützungspunkte, um die grossen, 50 bis 60 Tonnen schweren Fahrgeschäfte im Boden zu verankern.»

«Wir sind kompromissbereit und haben dies dem Stadtrat auch stets signalisiert», sagte Marija Bucher. Für die Initianten sei auch klar, dass es weiterhin Car-Anhalteflächen

Der Initiativtext

«Die Stadt sorgt dafür, dass die Lozärner Mäas weiterhin am traditionellen Standort Inseli mit Schaubuden, Bahnen und Marktständen durchgeführt werden kann. Das vom Stadtrat zugesicherte Ein- und Umsteigen in Cars und Busse muss beim attraktiven, begrünten Inseli weiterhin gewährleistet sein.» (hb)

«Wir sind kompromissbereit und haben dies dem Stadtrat auch stets signalisiert.»

Marija Bucher
Co-Präsidentin
FDP Stadt Luzern

beim Inseli brauche, so wie es der Stadtrat auch im Zusammenhang mit der Abstimmung zur Juso-Initiative 2017 verlangt hatte. Die entsprechende Forderung im jetzigen Initiativtext lautet: «In unmittelbarer Nähe werden genügend Halteflächen für die Cars realisiert, damit ein Ein- und Aussteigen möglich ist.» Touristen aus aller Welt nutzten das Inseli als Ein- und Ausstieg für Stadtbesuche, Fahrten auf dem See und den Besuch des KKL, so die Initianten. Bis am 25. Mai haben die Initianten nun Zeit, die für das Zustandekommen der Initiative nötigen Unterschriften zu sammeln.